

INTERNATIONAL ALLIANCE OF INHABITANTS

c/o Unione Inquilini, via Bettella, 2/ter - 35133 - Padua - Italien
tel. ++39 049691771 fax ++39 02700415592 e-mail : info@habitants.org - www.habitants.org



Kampagne *Keine Umsiedlungen*: Internationale Solidarität, eine Waffe, um Würde und Wohnungssicherheit zu schaffen

Eine Milliarde Menschen leiden weltweit unter der Wohnungsunsicherheit, die von großen Finanz- und Immobilieninvestitionen, sozialer, wirtschaftlicher und rassenbezogener Diskriminierung, Kriegen und Naturkatastrophen verursacht wurde. Diese riesige Zahl an Obdachlosen und in Notunterkünften Hausenden wird nicht bis zum Jahr 2015 um 100 Millionen sinken, wie in Ziel Nr. 7 der *Millennium Development Goals* festgelegt, sondern im Gegenteil, bis zum Jahre 2020 noch um weitere 700 Millionen ansteigen. Primäre Ursache: Die urbane Frage unterliegt den vom IWF und der Weltbank festgelegten neoliberalen Regeln, welche Kürzungen bei Sozialpolitik und Privatisierungen des Sektors auferlegen.

Um dieser dramatischen Lage die Stirn zu bieten, hat die International Alliance of Inhabitants während des 4. World Social Forum (Mumbai, Januar 2004) die Kampagne *Keine Ausweisungen* ins Leben gerufen und zur Mobilisierung der internationalen Solidarität aufgerufen. Dabei setzte sie direkt bei den betroffenen Bewohnern an, um ihnen unter Zuhilfenahme der notwendigen Mittel wieder Hoffnung auf Würde und Wohnungssicherheit zu schenken. Erklärtes Ziel: Recht auf Unterkunft für alle, niemand darf umgesiedelt werden. Wenn ein Umzug notwendig ist, müssen zuvor menschenwürdige, sichere und mit den betroffenen Bewohnern abgesprochene Wohnlösungen gefunden werden. Dies bedeutet Einhaltung von Art. 11 des Internationalen Paktes über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte, mit besonderem Bezug auf den Allgemeinen Kommentar Nr. 4 des UN-Menschenrechtskomitees (1990).

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die IAI die Errichtung einer gemeinsamen Plattform für alle urbanen Sozialbewegungen vorgeschlagen, um die lokalen, nationalen und internationalen Initiativen unter einen Hut zu bringen. In der Zwischenzeit hat sie die NGOs, die für das Recht auf Unterkunft Eintretenden Netzwerke und die Institutionen und den Apparat der Vereinten Nationen dazu eingeladen, diese Kampagne zu unterstützen. Dies ist auch die Grundlage der Tätigkeit der IAI-Vertreter in der UN-Advisory Group on Forced Evictions (AGFE).



Wie?

Die Kampagne *Keine Ausweisungen* arbeitet auf mehreren Ebenen, abhängig vom Grad der Mitgliedschaft und der Mobilisierung der lokal betroffenen Organisationen und der Schwere des bearbeiteten Falles:

- Internationales Warnsystem mit lokalen Antennen für Verletzungen des Rechts auf Unterkunft
- Appelle an die internationale Solidarität
- Unterbreitung von Untersuchungs- und Vermittlungsmissionen der UN-AGFE
- Förderung des Austauschs von Erfahrungen über praktikable Methoden der Wohnungsverbände, lokalen Behörden und anderer zur Vermeidung von Umsiedlungen
- Unterstützung der Erstellung und Überwachung von lokalen, nationalen und internationalen Aktionsplänen für Wohnungssicherheit.

Wo?

Derzeit läuft die Kampagne *Keine Ausweisungen* in den verschiedensten **Ländern**:

Nairobi (Kenia) : 300.000 Personen sind von Umsiedlung aufgrund von infrastrukturbezogenen Investitionen (Autobahn, Eisenbahn, Stromleitungen) bedroht. Die **Kampagne W Nairobi W!** hat sich auf lokaler (Mobilisierungen, rechtliche Schritte, Meetings) und internationaler Ebene (dank einer speziellen Website wurden ca. 10.000 E-Mails an alle betroffenen Institutionen geschickt) entwickelt. Dank der Kampagne konnten die Umsiedlungen gestoppt werden. Nun wurde eine Debatte über Bodenreform und Wohnungssicherheit eröffnet, die mit einem Allgemeinen Fonds für Grund und Unterkunft finanziert werden sollen, in den die Ressourcen eines Teils der erlassenen Außenschuld Kenias fließen sollen. Es wurde auch darüber verhandelt, dass 45 Millionen Euro, welche dank der Streichung der Außenschulden Kenias bei Italien zur Verfügung stehen, für den Testlauf des Fonds in zwei Barackenstädten verwendet werden.

Simbabwe : Im Jahre 2005 wurden im Rahmen der von der Regierung Simbabwes lancierten « Operation Murambatsvina » (« Weg mit dem Müll ») 700.000 Menschen auf die Straße gesetzt, die Gesamtzahl der von dieser Aktion betroffenen Leute beläuft sich angeblich aber auf über 2,5 von 12,5 Millionen Einwohnern, darunter 300.000 Kinder, welche gezwungen waren, die Schule zu verlassen. Die lokale Mobilisierung, welche auf internationaler Ebene von der **Operation Wiedereinsetzung des Rechtes auf Unterkunft in Simbabwe** unterstützt wurde, hat gefordert, der Zerstörung und den Umsiedelungen Einhalt zu gebieten, einen Sanierungsplan der Barackenstädte im Einklang mit den betroffenen Gemeinden zu starten und die Außenschuld zu streichen, damit die so gewonnenen Ressourcen in den Allgemeinen Fonds für Grund und Unterkunft fließen können. Diese Initiativen haben die internationale Gemeinschaft dazu gebracht, sich über den Präsidenten Mugabe, den ehemaligen anti-kolonialistischen Anführer, zu erkundigen und eine Mission der Vereinten Nationen vor Ort zu schicken, um hinsichtlich der Umsiedelungen zu recherchieren.

Nigeria: Endes des Jahres 2005 ließ Präsident Obasanjo eine der grausamsten und umfassendsten Umsiedelungsaktionen durchführen: Mehr als 4 von 7 Millionen Einwohnern wurde die Zwangsräumung angedroht, um den Masterplan der Hauptstadt Abuja umzusetzen. Diese Zahl ist an sich schon gewaltig, dazu kommt aber, dass 20.000 Mieter von im öffentlichen Eigentum befindlichen Häusern in Lagos ebenfalls mit der Umsiedelung bedroht wurden. Eine Aktion, die bereits von den Wohnungs- und Verteidigungsministerien, die dazu entschlossen waren, den Sektor zu privatisieren, auf brutale Art und Weise begonnen worden war. Dutzende lokale Verbände und Kirchen unterstützten den Appell: **Brechen wir das Schweigen über die Umsiedelungen: Verteidigen wir das Recht auf Unterkunft in Nigeria!** den die «Nigerianische Koalition Keine Umsiedelungen» gestartet hatte. Man forderte den Stopp der Zerstörungen und die Vertreibungen, die Entschädigung und sofortige Wiederansiedelung der Obdachlosen und verteufelte die Privatisierungen und den Masterplan von Abuja. Gleichzeitig wurde auch der Stopp sämtlicher ausländischer Investitionen verlangt, die in die Verletzung der Menschenrechte münden. Der Appell schlägt vor, die durch die Streichung der Außenschuld des Landes gewonnenen Mittel in den Allgemeinen Fonds für Grund und Unterkunft fließen zu lassen.

Dominikanische Republik : 1 Million Menschen sind von Umsiedelung aufgrund von Bauspekulationen auf Grundstücken, auf denen sie ohne Eigentumsrecht leben, bedroht. Die Kampagne wurde während des *Welttages Keine Umsiedelungen 2004* ins Leben gerufen, von den Basisverbänden und der Provinz S. Domingo mitgetragen und genießt die Unterstützung der Regierung der Baskenländer. Die Kampagne hat einen Teil der Umsiedelungen gestoppt und die Einberufung eines Runden Tisches begünstigt. Auch in diesem Fall diskutiert man über den Allgemeinen Fonds für Grund und Unterkunft und es wurde die Coophabitat gegründet, um plausible Alternativen bieten zu können. Die UN-AGFE hat eine Untersuchungs- und Vermittlungsmission (März 2005) eingesetzt, aber die gewalttätigen Umsiedelungen dauern an, darunter einige von paramilitärischen Gruppen, die die Waffen sprechen lassen. Deshalb möchte man den Druck verstärken und andere Fronten eröffnen, auch durch den Boykott einiger Tourismusunternehmen, die in die Sache verwickelt sind.
Hervorzuheben ist auch die Koordinierungsarbeit der Kampagne Keine Umsiedelungen für Lateinamerika und die Karibik mit Sitz bei der Coophabitat.

Italien : 600.000 Menschen waren wegen nicht bezahlter Miete, nicht verlängertem Mietvertrag und Privatisierungen des öffentlichen Wohnungssektors von Zwangsräumung bedroht. Die Kampagne entwickelte sich mit Widerstandsaktionen gegen die Umsiedelungen, großen Kundgebungen auf der Piazza, parlamentarischen Initiativen und Vorlage von Dossiers bei den Vereinten Nationen. Sie erreichte, dass das UN-Menschenrechtskomitee eine dringliche Intervention bei der Regierung tätigte, während die UN-AGFE die erste, noch nie zuvor in einem G7-Land durchgeführte Mission (Februar 2005) organisierte, welche zur Unterzeichnung eines Protokolls führte, das Rom zur « Stadt ohne Umsiedelungen » erklärt hat. Auf der anderen Seite suchten Bürgermeister und Gemeindevorstände leere Unterkünfte. Im Januar 2007 wurde ein teilweiser Aufschub der Umsiedelungen erreicht. Der Kampf geht weiter.

Frankreich : 500.000 Menschen waren vor allem wegen nicht bezahlter Miete von Zwangsräumung bedroht. Bei der Kampagne gab es Widerstand gegen die Räumungen, Besetzungen von Wohnungen und Bekämpfung der Zerstörung der Sozialwohnungen. Einige Gemeinden haben auch ihr Gebiet per Dekret als « umsiedelungsfrei » deklariert. Die Kampagne hat die Regierung dazu gezwungen, eine Norm zur Umwandlung eines Teils der Umsiedelungen in neue Verträge zu erlassen und einen Plan von 500.000 öffentlichen Unterkünften in 5 Jahren zu genehmigen.
Die Brände von vielen baufälligen Häusern, die im Sommer 2005 in Paris Dutzende Opfer gefordert haben, haben die Notwendigkeit unterstrichen, die Mobilisierung auf verschiedensten Ebenen voranzutreiben. Und, weil die gewaltsamen Umsiedelungen nach der Winterpause weitergegangen sind, haben die Aktionen wieder von neuem begonnen.

Kroatien : Nach dem Krieg, welcher zum Zerfall Jugoslawiens führte, wurde im Jahre 1996 ein Gesetz erlassen, das die Mieter (40.000 Menschen) ihres Rechts beraubt hat, private Wohnungen auf Dauer zu beanspruchen, ein vererbbares Recht, das seit 1945 in Anspruch genommen werden konnte. Nach dem Dekret des Verfassungsgerichtshofes, das die Pflicht abschaffte, entsprechende Alternativwohnungen anzubieten und aufgrund der Mietpreise, die um mehr als 60% angestiegen waren, ergoss sich Ende des Jahres 2005 eine Welle von gewaltsamen Umsiedelungen, die vor allem Arme und alte Leute traf.

Die Kampagne **Führen wir das Recht der Mieter auf Wohnungssicherheit wieder ein**, welche vom Bündnis der Mieterverbände und von Dutzenden Organisationen und politischen Parteien ins Leben gerufen worden war, hat verlangt, die Umsiedelungen zu stoppen und die Normen gegen die internationalen Verträge abzuschaffen - zum Schutz der Menschenrechte und Wohnungsrechte. Dazu ersucht der Online-Appell, welcher Tausende Firmen erreicht hat, auch internationale Organisationen, Druck zu machen, vor allem jetzt, da Kroatien über seinen Eintritt in die Europäische Union verhandelt.

Dale Farm, Basildon (Großbritannien) : Es handelt sich um die größte Nomadengemeinschaft des Vereinigten Königreichs, in kleinen mobilen Häuschen und gepflegten Wohnwägen auf Grundstücken, die ihnen gehören und einst mit Autowracks übersät waren. Diese autonome Gemeinschaft, die Gammon, eine Sprache mit frühkeltischen Wurzeln, sprechen, ist von der « ethnischen Säuberung » durch den Bezirksrat von Basildon bedroht. Letzterer hat nämlich beschlossen, eine große Anzahl an Unterkünften zu zerstören, Folge einer extrem gewalttätigen Kampagne der Konservativen gegen die Zigeuner.

Der Appell **Keine Umsiedelungen für die Roten Räder im Vereinigten Königreich**, unterstützt von Dutzenden Organisationen und Persönlichkeiten, darunter der Schauspielerin Vanessa Redgrave, fordert die Beendigung der Umsiedelungen und verlangt von der Regierung des Vereinigten Königreiches die Einsetzung einer Untersuchungskommission und die Abschaffung der Normen der Regierung und des lokalen Gemeinderats welche die internationalen Verträge über Menschen- und Wohnungsrechte verletzen.

Tamil Nadu, Indien: PASUMAI THAAYAGAM (Green Mother Land) hat bekannt gegeben, dass eine Reihe von Zerstörungsaktionen durch die Behörden ca. 30.000 Menschen, darunter 5.000 Studenten in Chennai, Tamil Nadu, Indien obdachlos gemacht hat.

Die Menschen, welche im Gebiet des Porur-Sees lebten, wurden ohne Vorankündigung oder Warnung gewaltlos umgesiedelt. Zwischen dem 23. und dem 25. November 2006 kam die Polizei bewaffnet mit Raupen und Bulldozern, um alle Niederlassungen zu zerstören. Diese Aktion war ein Schockerlebnis, genau als die offiziellen Mitglieder der Regierung die notwendigen Urbanisierungsmaßnahmen garantiert hatten, und das Gebiet mit elektrischem Strom, einem eigenen Postamt und öffentlichen Telefonzellen ausgestattet worden war. Am 2. Dezember 2006 hat die Regierung von Tamil Nadu Arbeitsgruppen auf Staats- und Bezirksebene eingerichtet, um eine schnelle Aktion zur Entfernung der illegalen Ansiedlungen auf Gemeindeebene zu starten. In der Folge war ca. 1 Million von Leuten von Umsiedelungen bedroht, die im ganzen Land bevorstanden. Deshalb wurde die „Kampagne für das Recht auf Unterkunft und keine Umsiedelungen“ in Tamil Nadu, Indien gestartet.

Die IAI hat außerdem Solidaritätsbotschaften gegen die Räumungen ausgesendet: Lima (Peru), Neu Delhi (Indien), Karachi (Pakistan), Cebu und Manila (Philippinen), Peking (China), Quilombo, Sao Paulo, Curitiba und Porto Alegre (Brasilien), Occupied Territory (Palästina), Nagoya (Japan), Bishkek (Kirgisistan), Barcelona und Sevilla (Spanien), Ungarn, Mailand und Bologna (Italien), Porto Said (Ägypten), New Orleans (USA), Paraguay, Sochi (Russland).

Der Vorschlag der Volksfonds für Grund und Unterkunft



Oft erfolgen die Räumungen nach großen Investitionen, finanziert von den reichen Ländern, dem IWF, der Weltbank in Straßen, Eisenbahn, Servicecenter, Tourismus, Shopping etc. in den armen Ländern. Nur sehr selten geht es um grundlegende Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort, meist hingegen eher um eine Begleichung der Außenschuld. Und, in fast allen Fällen lehnen die armen Länder die Verhandlungen mit den Bewohnervereinigungen für die abgestimmte Wiederansiedelung der von der Räumung betroffenen Personen ab, da sie erklären, nicht die notwendigen Mittel zu besitzen. In Wirklichkeit leiten sie diese Ressourcen in die Begleichung der Außenschuld.

Unter Berücksichtigung, dass die Außenschuld unrechtmäßig, ungerecht und unbezahlbar ist, während die Regierungen die Pflicht haben, die soziale Schuld zu begleichen, hat die IAI während des American Social Forums (Juli 2004) der Anti-Schuld-Bewegung und der Via Campesina den Vorschlag präsentiert, die Volksfonds für Grund und Unterkunft einzurichten.

Es handelt sich um Fonds, die von den Bewohnerverbänden und den lokalen Behörden kontrolliert werden, in denen insbesondere die Ressourcen der erlassenen Außenschuld geleitet werden, um die öffentlichen Wohnungs- und Stadtpolitiken zu finanzieren.

Dieser Vorschlag wurde von der Versammlung der Urbanen Sozialbewegungen des WSF 2005 angenommen und ist voll und ganz in die Debatte der Bewegungen eingetreten, die die Streichung der Schuld von den G8 (Edinburgh, Juli

2005) fordern. Kürzlich haben angesichts des Scheiterns der Jahrtausendziele, das UN-Habitat, einige Regierungen und die Parlamentarierversammlung für das Habitat diesen Vorschlag angenommen. Erstes Ergebnis : die Streichung der Schulden Kenias bei Italien, wovon ein beträchtlicher Teil für die Sanierung zweier Barackenstädte in Nairobi verwendet werden wird.

Der Vorschlag der « umsiedlungsfreien Gebiete »

Die lokalen Verwaltungsbehörden stehen an vorderster Front, um die negativen Folgen der Räumungen in Angriff zu nehmen, oft haben sie nicht die normativen und finanziellen Mittel, um den betroffenen Bürgern zufrieden stellende Antworten zu liefern.

Ausgehend von der Feststellung, dass es notwendig ist, die Verletzungen von Art. 11 IPWSK wieder gut zu machen, auch wenn dies bedeutet, sich der nationalen Gesetzgebung entgegenzustellen, haben etwa dreißig französische Gemeindeverbände, koordiniert von der Gemeinde Bobigny im Jahre 2004 ihre Gebiete zu "umsiedlungsfreien" Zonen erklärt. Die Kommandos haben einen harten Konflikt mit der zentralen Staatsmacht entfacht, aber, zur gleichen Zeit, haben sie auch eine starke institutionelle Stütze für die Anti-Umsiedlungs-Bewegungen geboten und konnte auch so einige Ergebnisse erzielen.

Trotz der Abberufung der Kommandos von Seiten der Verwaltungsgerichte haben die Regierungen weiterhin den Kampf mit anderen Initiativen unterstützt, z.B. mit jener siegreichen gegen die Kappung der Wasserlieferung an die Bedürftigen. Und im Jahre 2005 haben sie eine neue Generation von Anti-Umsiedlungs-Kommandos ins Leben gerufen.

In der Zwischenzeit wurde der Vorschlag der "umsiedlungsfreien Gebiete" auch in Italien angenommen, wobei Rom die erste Stadt war, welche als „umsiedlungsfrei“ deklariert wurde.



Gegen die Privatisierungen, für die Wiedereinsetzung der öffentlichen Dienste

Die neoliberalistische Welle versucht, die öffentlichen Dienste (Wasser, Strom, Kommunikation) zu privatisieren, und insbesondere den Sektor der sozialen Bauwirtschaft, in Anbetracht der neuen Profitmöglichkeiten.

In Afrika, Asien und Lateinamerika wurde eine Offensive, angeführt von IWF und Weltbank, gestartet, welche die Privatisierungen als Bedingung zum Erhalt von Krediten auferlegen möchte, d.h., um das von der Börsenkrise freigesetzte Kapital zu parken.

Sollte die Europäische Union die Richtlinie Bolkestein (März-Juli 2005) über die Liberalisierung der Dienstleistungen genehmigen, würden ca. 18 Millionen Familien, die derzeit in öffentlich geführten Unterkünften wohnen, in den Privatsektor übergehen. In den USA erhöhen die Kürzungen auf dem sozialen Wohnungssektor, bedingt durch die Kriegsausgaben die Wohnungsknappheit bei den unteren Schichten.



In den ehemaligen Ostländern, inklusive Russland, führen die Reformen des Sektors den Mietern zum ersten Mal das Drama der Umsiedlungen vor Augen.

Es gibt also eine strenge Verbindung zwischen den Privatisierungen und der steigenden Wohnungsunsicherheit, welche von den Bewohner-Organisationen in den verschiedenen Ländern wahrgenommen wird. Deshalb organisieren diese lokale und nationale Abwehrinitiativen.

Denn es geht darum, politischen Programmen, die von der neoliberalen Globalisierung bestimmt sind, die Stirn zu bieten. Die IAI fördert bei den Sozialforen die Schaffung von kontinentsübergreifenden Aktionen gegen die Privatisierung und zur Ankurbelung des öffentlichen Wohnbaus.

WERDE AUCH DU TEIL DES NETZES DER INTERNATIONALEN SOLIDARITÄT FÜR DIE WOHNUNGSSICHERHEIT!

LASSE AUCH DEINE STADT ZUR UMSIEDLUNGSFREIEN ZONE WERDEN!

ERRICHTE ALLGEMEINE FONDS FÜR GRUND UND UNTERKUNFT!

KÄMPFE GEGEN DIE PRIVATISIERUNG DER ÖFFENTLICHEN DIENSTLEISTUNGEN!

TRITT DER KAMPAGNE KEINE UMSIEDLUNGEN BEI!

Informationen : www.habitants.org

März 2007